



# Industrie: Abwanderung sieht anders aus

**De-Industrialisierung.** Immer mehr Unternehmen verlassen das Land oder drohen mit der Auslagerung von Produktionsbereichen, warnen Vertreter aus der Industrie. Die Zahlen zeigen etwas anderes

VON THOMAS PRESSBERGER  
UND ANITA STAUDACHER

Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck und sein französischer Amtskollege Bruno Le Maire sprechen heute in Washington mit Vertretern der US-Regierung über die problematischen Teile des US-Subventionspakets. Dieses bevorzugt Unternehmen, die in den USA produzieren. Die EU befürchtet, dass dadurch europäische Unternehmen benachteiligt werden und abwandern.

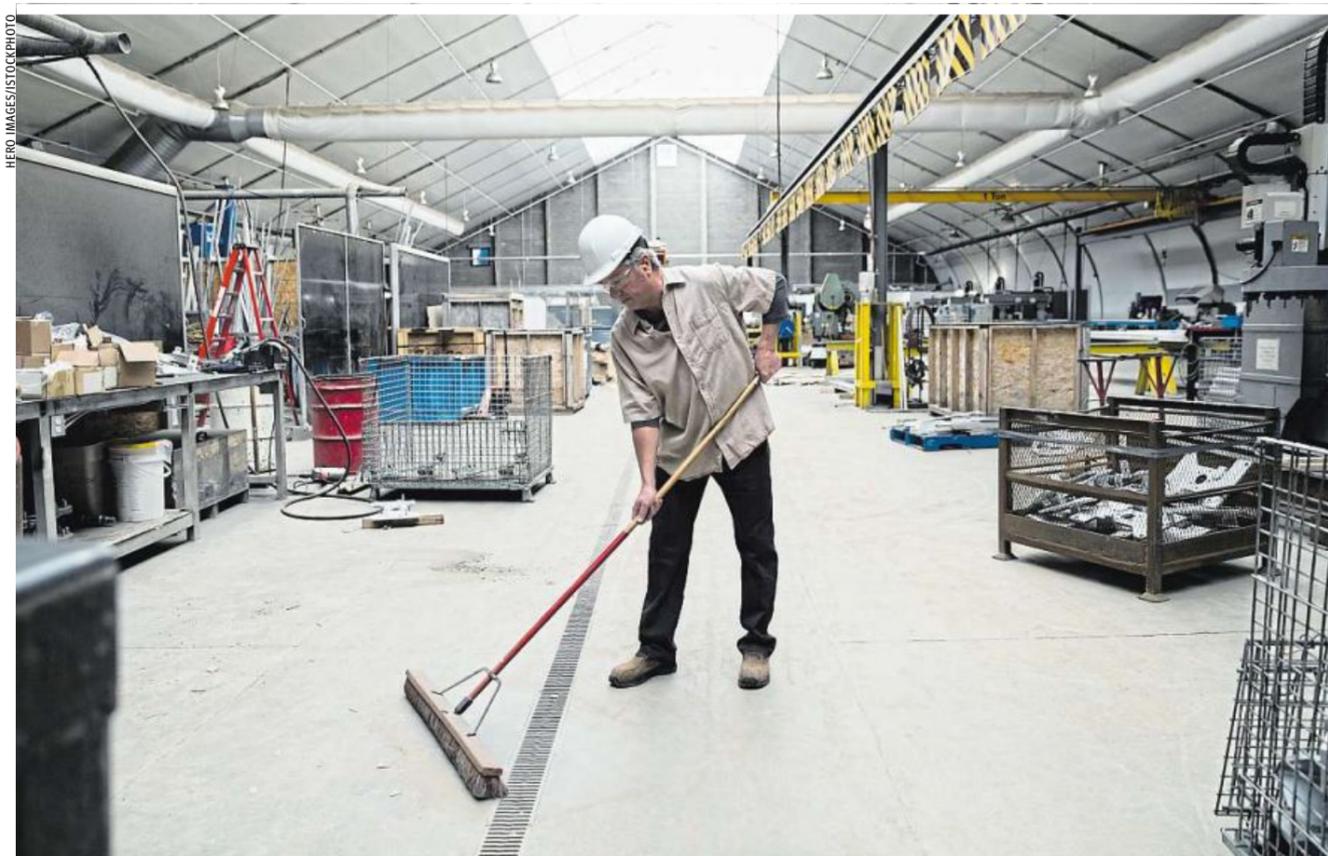
Industriekapitäne warnen wegen der hohen Energiekosten schon seit längerem vor einer Deindustrialisierung Österreichs bzw. Europas. Der KURIER hat sich näher angeschaut, wie es um die Industrie tatsächlich bestellt ist.

Geht es nach IV-Präsident Georg Knill, ist die Deindustrialisierung Europas schon in vollem Gange. „Unternehmen transferieren ihre Kapazitäten, vor allem aus energieintensiven Bereichen. Das sehen wir in Europa schon jetzt. Es betrifft auch Investitionsentscheidungen.“

Genannt werden Beispiele wie der Papierfabrikant Norske Skog, der in Bruck/Mur im März 2022 wegen der hohen Energiepreise seine Maschinen abgestellt hat. Oder der Chemiekonzern BASF, der mit einer Auslagerung von Produktionsbereichen nach China droht, auch die Abwanderungsgedanken von Arcelor Mittal oder Heidelberg Materials werden angeführt.

## Im Dauerkriseomodus

Johannes Schneider und Eva Poglitsch, Industrieexperten vom Beratungsunternehmen PwC Österreich, sehen die Lage trotz allem differenzierter. Die hohen Energiekosten haben europaweit einen starken Einfluss auf alle Industriezweige, die Kostensteige-



In den vergangenen Monaten haben einige namhafte Industrieunternehmen Österreich bzw. Europa verlassen oder mit dem Abzug gedroht



**WU-Industrieexperte Schuh:**  
Dienstleister wachsen schneller



**Erste Unternehmen ziehen schon ab, sagt IV-Chef Knill**

rungen liegen zwischen 15 und 50 Prozent, sagt Schneider. „Das wirkt sich direkt auf die Gewinnmargen der Unternehmen aus, die dadurch um ein paar Prozentpunkte gedrückt werden können“, sagt Poglitsch. Nur Unternehmen, die in Nischen unterwegs sind oder Produkte mit hoher Qualität anbieten – dazu zäh-

len viele österreichische Unternehmen – könnten die Preise weitergeben.

Doch die hohen Energiekosten sind nicht die einzigen Herausforderungen, denen sich die Industrie stellen muss. Es sind „Permakrisen“, mit der sich die Unternehmen herumschlagen, ein Problem folgt dem anderen. War der

Sektor vor der Corona-Pandemie von Krisen, wie der Flüchtlingskrise, wenig betroffen, so ist das seit der Pandemie anders, und das sorgt für Unsicherheit, sagen die PwC-Experten. Neben der Gas- und Energiekrise wurde oder wird die Industrie durch die stockenden Lieferketten, den Fachkräftemangel, die Stagnation sowie von Cyber- und IT-Angriffen durchgeschüttelt.

Trotz all dieser Krisen ist die Industrie aber dennoch gewachsen. Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen 45 Jahren in Österreich zwar von 22 auf 17 Prozent gesunken, wie Arnold Schuh, Direktor

des Kompetenzzentrums für Emerging Markets und Mittel- und Osteuropa an der Wirtschaftsuniversität Wien, berichtet. Eine etablierte Volkswirtschaft entwickle eher die Tendenz hin zum Dienstleistungssektor, während sich die Industriewertschöpfung zunehmend global verteile.

## Stetes Wachstum

Die Zahl der Mitarbeiter ist laut Arbeitsministerium aber binnen zehn Jahren von 583.000 auf 623.000 gestiegen. Weltweit beschäftigt Österreichs Industrie sogar 800.000 Menschen. Im Jahr 2021 erwirtschaftete die Industrie in Österreich einen Umsatz von rund 280 Milliar-

den Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von 27,8 Prozent. 2021 trug die Industrie 28,7 Prozent zur heimischen Bruttowertschöpfung bei – das ist ein Zehn-Jahres-Rekordwert. Der scheinbare Widerspruch ist laut Experten leicht erklärt: Die heimische Industrie wächst, aber andere Sektoren wachsen eben schneller.

In Deutschland gibt es dieselbe Diskussion, für den deutschen Ökonomen Marcel Fratzscher ist das reine Panikmache: „Es ist letztlich ein Schreckgespenst, das aufgebaut wird, um der Politik Geld aus den Rippen zu leihen“, sagte Fratzscher zur Augsburger Allgemeinen.

## Hinter den Zeilen



THOMAS PRESSBERGER

### Der Redakteur

Thomas Pressberger ist unser absoluter Profi in den Bereichen Industrie und Industriepolitik. Zudem ist der Italiener ein Fachmann für Oldtimer und Zweiräder. Vor dem KURIER (seit 2017) war er bei der „Wiener Zeitung“ und beim „Wirtschaftsblatt“ tätig

### Die Story

Die Industrie wächst, aber langsamer als andere Zweige

## Die US-Wirtschaft wird grün – und die EU fürchtet sich

Deutscher und französischer Wirtschaftsminister wollen von Washington Ausnahmen

AUS BRÜSSEL  
INGRID STEINER-GASHI

Diese Würfel sind in den USA bereits gefallen, das wissen auch der deutsche Wirtschaftsminister und sein französischer Amtskollege. Robert Habeck und Bruno Le Maire werden heute, Dienstag, bei ihren Gesprächen in Washington das größte, je in den USA gesehene grüne Transformationsprogramm, nicht mehr verändern können. Doch die beiden Europäer werden versuchen, das sogenannte Inflationsreduzierungsgesetz (IRA) für die EU ein wenig freundlicher auslegen zu lassen.

Knapp 370 Milliarden Dollar haben die USA bereitgestellt, um künftig Investi-

tionen für grüne Technologien anzulocken. Aber: „Der IRA verschafft den US-Unternehmen Wettbewerbsvorteile, die zusammen mit den sehr niedrigen Energiepreisen in den USA eine Gefahr für die europäische Industrie darstellen“, warnte Le Maire vor dem Abflug in die USA.

So sieht etwa ein Teil der amerikanischen Subventionen und Steuererleichterungen vor, dass geförderte Produkte in den USA zusammengebaut werden müssen. Das würde viele europäische Unternehmen benachteiligen, ganz besonders die in den USA tätige, europäische Autoindustrie.

Statt aber auf eine Buy-american-Strategie mit einem simplen Buy-european-Kurs

zu antworten, will man in Brüssel andere Wege gehen. Oberste Priorität: Ein Handelskrieg muss vermieden werden. Zunächst, so schlug die EU-Kommission in der vergangenen Woche vor, soll es auch in der EU Steuererleichterungen, weniger Bürokratie und mehr Staatshilfen für grüne Technologien geben. Diskutiert wird dies auch beim EU-Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs diesen Donnerstag und Freitag in Brüssel.

## Neue Finanztöpfe

Wobei ein programmiertes Streitthema vorerst noch ausgespart bleibt: Soll für die nötigen Unterstützungsmilliarden ein neuer Finanztopf mit erneut gemeinsamen Schul-

den geschaffen werden oder nicht? Doch damit ist es noch nicht getan. Europa hofft noch auf Vergünstigungen in den USA. Das soll besonders für den Export von Batterieteilen, Roh- und Recyclingstoffen in die USA gelten.

Zudem will der deutsche Wirtschaftsminister Habeck dafür werben, dass sich die EU und USA künftig nicht mehr gegenseitig durch aggressive Subventionspolitik die Unternehmen abwerben. „Wir können eine grüne Brücke über den Atlantik schlagen“, schlägt Habeck stattdessen vor, „und so gemeinsam grüne Leitmärkte aufbauen.“ Denn als eigentlichen Gegner ihrer neuen Industrieoffensive sehen die USA nicht Europa, sondern China.

## Überblick WEITERE MELDUNGEN

### Absatzvolumen im Handel negativ

**Minus.** Die hohe Inflation hat dem österreichischen Einzelhandel im vergangenen Jahr ein Minus im Absatzvolumen beschert. Die Branche (ohne Handel mit Kfz, inkl. Tankstellen) verzeichnete gegenüber 2021 ein nominelles Umsatzwachstum von 8,1 Prozent. Unter Berücksichtigung der Inflation ergab sich im Absatzvolumen allerdings dann jedoch ein Minus von 0,8 Prozent. Das Umsatzplus im Handel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren lag 2022 bei 5,2 Prozent, im Absatz bedeutet das ein Minus von 3,2 Prozent.

### Flüssiggasanlage ging in Betrieb

**RHI Magnesita.** Der Feuerfest-Spezialist RHI Magnesita hat im Kärntner Werk in Radenthein eine neue Flüssiggasanlage in Betrieb genommen. Damit will sich der Weltmarktführer unabhängiger von russischem Gas machen. 34 Prozent des Erdgasbedarfs könnten damit flexibel ersetzt werden. Das Umrüsten und die Installation des neuen LPG-Tanks („Liquefied Petroleum Gas“) mit Equipment kosteten „über eine Million Euro“, so das Unternehmen. Der Tank habe ein Fassungsvermögen von 100.000 Litern, was etwa 42 Tonnen Flüssiggas entspreche.